

01
19

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Die Revolution ist großartig
Alles Andere ist QuarkTheaterhaus Rudi
16. Januar, 19 Uhr

EDITORIAL



von Jens Matthis

Vor hundert Jahren begann das erste Friedensjahr nach einem Weltkrieg, das erste Jahr nach einer Revolution und zugleich das erste Jahr der Republik in Deutschland.

Es brachte die ersten Wahlen in Deutschland, in denen Frauen und Männer abstimmen konnten mit einem Wahlrecht, in dem erstmals alle Stimmen gleich viel wert waren. Welch ein großer Fortschritt. Und dennoch sollte es kein friedliches und sorgloses Jahr werden.

Es begann mit dem Doppelmord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Ermordung Kurt Eisners sollte wenige Wochen später folgen. Viele weniger bekannte oder namenlose Revolutionär*innen fanden in blutigen Kämpfen den Tod. Wie jedes Jahr werden wir ihrer auch dieses Jahr gedenken.

Zugleich werden wir uns den Veränderungen und Herausforderungen dieses Jahres stellen. Wir LINKE werden weiter Unterschriften unter einem Volksantrag sammeln, welcher endlich auch in Sachsen längeres gemeinsames Lernen in öffentlichen Schulen ermöglichen soll.

Wir LINKE werden die verschiedenen gewerkschaftliche Kämpfe unserer Tage unterstützen. DIE LINKE im Stadtrat wird ihre Arbeit der letzten Jahre trotz der erschwerten Bedingungen durch unsicher gewordene Mehrheitsverhältnisse auch in den nächsten Monaten fortsetzen. Von alledem ist in dieser Zeitung zu lesen.

Zugleich stehen wir 100 Jahre nach den ersten demokratischen Wahlen auch 2019 vor wichtigen Wahlen. Am 1. September wird ein neuer Landtag gewählt. Bereits am 26. Mai stehen das Europaparlament, der Dresdner Stadtrat, die Ortschaftsräte und erstmals zehn Stadtbezirksbeiräte zur Wahl. Mit engagierten Wahlkämpfern wollen wir um Unterstützung und um Mehrheiten für eine bessere Politik kämpfen. Ganz in der Tradition und im Geiste der Revolutionär*innen von 1918/19.

Was, frage ich euch, hat DIE LINKE je für uns getan?

von Anne Holowenko

Die Möglichkeit darüber nachzudenken haben die Wähler*innen im nächsten Jahr gleich mehrfach, bevor sie ihr Kreuz an der hoffentlich richtigen Stelle auf ihren Stimmzetteln machen. Angelehnt ist diese Frage an eine Szene aus dem Film „Das Leben des Brian“. In diesem Meisterwerk der britischen Komikergruppe „Monty Python“ haben sich junge Erwachsene zur Widerstandsbewegung „Volksfront von Judäa“ zusammengeschlossen um gemeinsam gegen die römische Besatzung zu kämpfen. Als sie eines Abends zusammensitzen, stellen sie sich die Frage, ob die Römer neben ihrer unrühmlichen Rolle als Besatzer auch gute Dinge für die örtliche Bevölkerung getan haben. Erst zögerlich und dann immer schneller sprudeln die Antworten aus den Gruppenmitgliedern hervor, bis sie schließlich zu der Erkenntnis kommen, dass die römische Besatzung dem Volk Judäas eine ganze Menge an Errungenschaften wie Aquädukte, sanitäre Einrichtungen, Straßen, medizinische Versorgung, Schulwesen und Wein gebracht hat.

Auch unsere Partei hat an ganz unterschiedlichen Stellen schon sehr viel für die Bevölkerung getan. Wir haben viel erreicht, das wissen wir und darauf sind wir stolz. Aber wissen auch die Wähler*innen, wofür Die LINKE steht und was sie bewirkt hat? Ist es allgemein bekannt, dass die Europäische Linke in Straßburg für die Weiterfinanzierung der Ostregionen kämpft und sich für einen nachhaltigen Strukturwandel in der Lausitz stark macht? Ist den Wähler*innen klar, dass die Linke die einzige Partei ist, die sich gegen Waffenexporte der deutschen Rüstungsindustrie und gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr ausspricht? Wissen die sächsischen Bürger*innen, dass sich unsere Fraktion im Landtag schon 2014 für deutlich mehr Polizeistellen im Freistaat ausgesprochen hat und dass unsere linken Bildungspolitiker*innen schon seit Jahren auf die gravierenden Auswirkungen des Lehrer*innenmangels hinweisen, dessen Spitze uns erst noch bevorsteht?

Wie können wir Wähler*innen erreichen und überzeugen? Diese Frage stellt sich in Zeiten des bevorstehenden Wahlkampfes ganz besonders auch für uns in Dresden, wo die rot-rot-grüne Gestaltungsmehrheit wieder hergestellt werden soll. Wir können anhand ganz



Foto: Helene Souza / pixelio.de

konkreter Beispiele aufzählen, welche Verbesserung wir für die Dresdner Bevölkerung erreicht haben. Beim Thema Wohnen können wir darauf verweisen, dass nach der erfolgreichen Gründung der neuen Städtischen Wohnungsgesellschaft WID erste Sozialwohnungen entstehen. Das 2015 beschlossene Sozialticket nutzen inzwischen über 16.000 Dresdner*innen. Die Städtischen Krankenhäuser erwirtschaften zwar noch keine schwarzen Zahlen, aber sie dienen dem Wohl der breiten Stadtbevölkerung und nicht den Profitinteressen weniger privater Investoren. Im Bildungsbereich wurde so viel Geld investiert, wie nie zuvor, damit auch unsere Jüngsten in angenehmer Umgebung spielen und lernen können. DIE LINKE im Dresdner Stadtrat hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Fördermaßnahmen im Bereich der Jugendhilfe und Kultur massiv ausgebaut wurden. Rot-rot-grün hat die Personalausstattung der Stadt deutlich verbessert und klar gestellt, dass es keine Einsparungen auf den Rücken der Mitarbeiter*innen

geben wird. Die Stadtbezirksbeiräte werden im Mai erstmals direkt gewählt und mit einem deutlichen Kompetenzgewinn und einem Mehr an finanziellen Mitteln ausgestattet.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass unsere Stadt in den letzten fünf Jahren sozialer, gerechter, ökologischer und demokratischer geworden ist. Gleichzeitig wurde durch einen solide Haushaltspolitik im Jahr 2017 ein Rekordüberschuss von 137,5 Millionen Euro erzielt. Diese Fakten sollten wir immer parat haben, wenn wir uns in wenigen Monaten in den Wahlkampf begeben. Wir können selbstbewusst auf die Erfolge unserer Stadtratsfraktion verweisen und sollten die Wähler*innen bitten, uns ihr Vertrauen auch für die nächsten fünf Jahre zu schenken, damit wir den eingeschlagenen Kurs fortsetzen können. Links wirkt und Gutes braucht Zeit!

Anne Holowenko und Jens Matthis sind Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden

100. Jahrestag der Ermordung der Revolutionärin Rosa Luxemburg

Genossin Rosa, wie war es damals in Dresden?

Ein fiktives Interview mit der Sozialistin, geführt von Wilfried Trompelt

Nach 107 Jahren willkommen in Dresden bei den Linken! Wie darf ich Sie ansprechen, Genossin Luxemburg?

Ich freue mich, dass es in Dresden weit mehr als Eintausend Genossinnen und Genossen gibt, die in „meiner“ Partei organisiert sind, und darüber hinaus viele weitere Menschen, die sich meinen Ideen verbunden fühlen. Trotzdem, das vertrauliche „Du“ gestatte ich nur meinen engen Freundinnen und Freunden.

Wann waren Sie das erste Mal hier in der Stadt? Und wie oft später wieder?

Das ist ziemlich genau 120 Jahre her, nämlich im Herbst 1898. Danach noch einmal für eine Woche im September 1903 und schließlich vor 107 Jahren zu meiner Pieschener Rede am 11. Dezember 1911. Im Internet steht außerdem, ich sei am 9. September 1910 vor Dresdner Textilarbeitern aufgetreten. Das sind – würde man heute sagen – fake news.

Von den Aufenthalten abgesehen, die sächsische Polizei beobachtete mich schon 1896 als Fünfundzwanzigjährige. Bis zur Ermordung am 15. Januar 1919 stand ich laufend unter Beobachtung. Die sächsische Justiz sperrte mich 1904 für zwei Monate in Zwickau ein und verurteilte mich 1917 zu sechs Wochen Haft, als ich bereits im Gefängnis saß. 1898 waren Sie 39 Tage Chefredakteurin der Sächsischen Arbeiter-Zeitung. Wie kam das und warum nur so kurz?

Diese journalistische Aufgabe hatte ich auch der Polizei zu verdanken. Denn der Vorgänger auf diesem Posten, der russische Revolutionär Alexander Helphand (Parvus), wurde von einem auf den anderen Tag ausgewiesen. Ich kannte die SAZ bereits; sie hatte einige Artikel von mir gedruckt. Es war jedoch schwierig, meine klaren marxistischen Vorstellungen in der Redaktion und bei der Pressekommission der SPD durchzusetzen. Nachdem ich vom Stuttgarter Parteitag berichtet und eine Serie wichtiger Artikel zur Taktik der Partei platziert hatte, kam es zum Streit. Ich konnte und wollte nicht klein begeben. So verließ ich die Redaktion am 2. November 1898 wieder und ging zurück nach Berlin. Eine Woche später war ich nochmals hier, um vor Metallarbeitern im „Trianon“ zu sprechen, etwa dort, wo sich seit 1902 am Schützenplatz das Dresdner Volkshaus befindet.

Am gleichen Ort fand fünf Jahre später der Dresdner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie statt. Erinnern Sie sich daran?

Oh ja, im September 1903 ging es da hoch her. In der Partei fanden heftige Auseinandersetzungen zwischen den revolutionären und den revisionistischen Kräften statt. Das beanspruchte den Parteitag so sehr, dass der Dampferausflug in die Sächsische Schweiz abgesagt wurde. In der Revisionismusdebatte kam ich leider nicht zu Wort. Aber einen Ausspruch von August Bebel, des damaligen Parteivorsitzenden,



habe ich mir gemerkt und ihn später öfters zitiert: „Demgegenüber“, so rief er unter stürmischem Beifall aus, „will ich der Todfeind dieser Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, zu beseitigen.“ Das traf den Nerv der meisten Delegierten. Der Parteitag beschloss mit überwältigender Mehrheit eine fortschrittliche Resolution. Sie konsequent umzusetzen hätte der Sache des Sozialismus einen großen Dienst erwiesen. Mir scheint, das ist einhundert Jahre nach meinem Tod nicht anders.

Immerhin konnte ich mich in der Polendeckelung für ein einheitliches Organisationskonzept des Parteivorstandes einsetzen, also gegen eine polnische Sonderorganisation innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Sie wissen doch, es war auch später nie meine Sache, mich auf nationale Standpunkte zurückzuziehen.

Die emotional stärkste Erinnerung an Dresden haben Sie sicher durch Ihre Wahlkampfrede im Ballhaus „Deutscher Kaiser“ in Dresden-Pieschen am 11. Dezember 1911?

Ja genau, das war eine großartige Versammlung im Reichstagswahlkampf! Schon eine Stunde vor Beginn war der Saal nahe dem Pieschener Hafen mit 2.000 Personen überfüllt. Ebenso viele mussten wieder nach Hause gehen, ohne meine Rede gehört zu haben. Im Rahmen einer „Sachsentour“ sprach ich über »Die politische Lage und die Sozialdemokratie«. Eine Losung hieß »Wer den Frieden will, sendet keine Kriegsschiffe in ein anderes Land.« Lesen Sie das doch einmal

nach. Sie werden staunen, wie aktuell vieles davon heute noch ist. Inzwischen hat auch die SLUB den Band 7 meiner Gesammelten Werke im Magazin.

Aber Sie hatten in Dresden doch nicht nur Freunde und Genossen? Wie war das mit den Gegnern?

Auch dafür reicht der Platz in dieser Zeitung nicht aus. Nehmen wir zum Beispiel die Völkischen und ihr Blatt „Deutsche Wacht“.

Der Name war Programm. Vom rechten Rand aus griffen sie mich und manch andere jüdische Parteimitglieder an. Der Antisemitismus war schwer zu ertragen, obwohl mir die Religion nicht wichtig war. Die Dresdner Gesellschaft war zum Großteil fest im konservativen Lager mit Drall nach rechts verortet. Umso notwendiger war ein klarer Standpunkt.

Genossin Rosa, welche Rolle spielte eigentlich der Feminismus für Sie?

Für mich stand die Klassenfrage im Mittelpunkt. Mich als Feministin zu betrachten, wäre übertrieben. Wichtige Einsichten verdanke ich in dieser Beziehung meiner Freundin Clara Zetkin. So schrieb ich einen Artikel über das Frauenwahlrecht. Der ist unter den Linken heute leider kaum bekannt. Neulich, zum 100. Jahrestag der Novemberrevolution, geriet das Thema wieder in den Blick. In Dresden gab es übrigens mit Marie Stritt eine deutschlandweit sehr aktive Kämpferin für das Frauenstimmrecht. Sie hatte hier außerdem einen Rechtsschutzverein gegründet, der den Frauen ganz praktische Hilfe anbot. Das ist ein Beispiel dafür, wie sinnvoll politische Zusammenarbeit über die eigenen Parteigrenzen hinaus sein kann.

Schließen wir unser Gespräch mit einem Blick in die Gegenwart ab. Was sagen Sie zu „ihrem“ Denkmal auf dem Rosa-Luxemburg-Platz, dem Vorplatz der Albertbrücke auf der Neustädter Seite?

Nun, Personenkult liegt mir fern. Aber es ist ein schönes Denkmal. Und es hat eine erstaunliche Geschichte. 1979 wurde das bronzenes Relief mit meinem Bildnis am Durchgang von der Straße der Befreiung, der heutigen Hauptstraße, zur Rosa-Luxemburg-Straße (Heinrichstraße) angebracht. Wie viele Denkmale aus der DDR verschwand es während der Bilderstürmerei nach der „Wende“. An dieser Stelle baute man dafür 1994 einen Zeitungsladen. Dann geschah ein irdisches Wunder. Durch die Initiative des Schöpfers dieses Denkzeichens, des Dresdner Bildhauers Prof. Helmut Heinze, wurde es am 16. November 1999 am neuen Ort in erweiterter Form wieder errichtet. Dabei wurde Helmut Heinze durch die Architekten Siegbert Langner von Hatzfeldt und Peter Kulka klug beraten. Das geschah in Zusammenarbeit mit dem damaligen Kulturbürgermeister Jörg Stüdemann. Rechts neben der neuen Stele liest man nun zusätzlich in Stein gemeißelt das Zitat „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“. Die Erweiterung des Denkmals um die vielzitierte Textzeile steigert Anmutung und Aussage der Gesamtanlage.

Diese Gedanken von der und über die Marxistin finden sich in einer Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Der Sammelband mit Beiträgen von sechs Autorinnen und Autoren erschien im Dezember 2018. Er wird in einer Veranstaltung zum 100. Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg vorgestellt und aktuelle Bezüge werden in einem Podiumsgespräch diskutiert. Nähere Informationen in dieser Ausgabe auf Seite 12.



5 Tage Bildungszeit für Sachsen!

von Christopher Colditz

In 14 der 16 Bundesländer haben die Arbeitnehmer*innen einen Anspruch auf jährlich 5 Tage Freistellung für individuelle Fortbildung. Nur zwei haben dies nicht, Bayern und Sachsen – wenig überraschend, bei derart konservativen Landesregierungen. Der sächsische Bezirk des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat nun eine Kampagne gestartet, um genau diesen Missstand zu ändern.

Die Bildungszeit beschreibt eine Freistellung von der Arbeit, unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes, zur Teilnahme an Weiterbildungsveranstaltungen. Die Bildungsveranstaltungen im Sinne dieser Freistellung müssen, meist von einem Ministerium, als Bildungsveranstaltungen anerkannt sein. Die Teilnahmekosten trägt man allerdings selbst. Gemeint sind aber nicht nur Seminare zur beruflichen Fortbildung (die meiner Meinung nach so oder so in der Arbeitszeit zu gewähren und vom Arbeitgeber*in zu finanzieren sind), sondern auch individuelle Fortbildungen für den politischen, ehrenamtlichen, sozialen oder kulturellen Bereich. Das umfasst zum Beispiel Sprach- und Rhetorikkurse, Computer-Schulungen, Seminare über ehrenamtliche Arbeit, wie zum Beispiel Seminare zur Gremienarbeit im Stadtrat; Trainer- und Übungsleiterausbildungen; mehrtägige Workshops und Intensivseminare für die politische Bildung und vieles mehr.

Wem nützt es?

In erster Linie ganz klar den Arbeitnehmer*innen. Bildung stärkt auch die

eigene Persönlichkeit, schafft Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und kann behilflich sein, eigene Interessen, auch im Betrieb, durchzusetzen. Aber auch die Arbeitgeber*innen gehen nicht leer aus. Eine schlaue Betriebsleitung weiß, dass auch ihr gebildete Arbeitnehmer*innen in einer sich ständig wandelnden und fortentwickelnden Industrie- und Wissensgesellschaft nutzen. Daher sollten Arbeitgeber*innen, die diesen Anspruch geltend machen nicht als Kostenfaktor gesehen werden, die für bis zu 5 Tage ihre Arbeitskraft entziehen, sondern als Investition in ihren Betrieb. Aber auch Vereine profitieren. Warum? Wenn angenommen Frau Müller, Schatzmeisterin im gemeinnützigen Verein für Geflüchtetenhilfe, während ihrer Bildungszeit einen Workshop zur Vereinsbuchhaltung besucht, profitiert am Ende auch der Verein von ihrem Wissenszuwachs.

Sogar DIE LINKE hat etwas davon! Viele unserer Mitglieder sind ehrenamtlich aktiv, zum Beispiel als Gemeinderatsmitglied oder sie sind als Multiplikator*innen unserer Inhalte an Wahlkampfständen oder in Gesprächsrunden aktiv. Oftmals fehlt nach dem Feierabend oder an den wenigen freien Wochenenden die Zeit und verständlicherweise auch manchmal die Motivation an Abend- oder Wochenendseminaren teilzunehmen. Mit der Bildungszeit könnten Genossinnen und Genossen zum Beispiel Workshops zu Rhetorik und Argumentation während ihrer Arbeitszeit besuchen, um fit



Christopher Colditz und Paul Hösler mit dem Plakat zur Kampagne

für die nächste Debatte zu sein oder sich für ihre Gremienarbeit fit machen.

Was könnte besser sein, als auf dem Weg den Kapitalismus abzuschaffen, den Kapitalismus dafür auszunutzen?

Die Kampagne könnt ihr unter anderem mit einer Fotoaktion auf www.zeit-fuer-sachsen.de unterstützen, wo ihr auch weitere Informationen findet. Ansonsten: Redet mit Freund*innen, Familie und Kolleg*innen über das Thema und wählt zur nächsten Landtagswahl eine Partei, die die Bildungszeit unterstützt und konsequent an der Seite der Beschäftigten steht (Meine Empfehlung: DIE LINKE. Sachsen).

#veranstaltungstipp

Hass ist keine Alternative

Strategien gegen den rechten Zeitgeist

Von ganz links über das liberale Bürgertum bis hin zu gestandenen Konservativen herrschen Irritation und Entsetzen über die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland. Rassistische, fremdenfeindliche und oft offen faschistische Äußerungen, die noch vor wenigen Jahren unsagbar schienen, beherrschen zunehmend den Diskurs, vor allen Dingen in den sozialen Netzwerken im Internet, aber auch in Teilen der Medienlandschaft.

Der liberale Teil der Gesellschaft - eigentlich die Mehrheit - hat bis heute keine einheitliche und vor allen Dingen keine wirklich wirksame Ansprache gefunden, die über die formulierte Verachtung für menschenfeindliche Politikansätze hinausgehen. Wir haben mindestens ein Vermittlungsproblem. Dies macht es der AfD leicht, von Erfolg zu Erfolg zu eilen.

* Womit gelingt es fremdenfeindlichen Parteien und Bewegungen, Menschen für ihre Ideologien zu gewinnen?

* Wie verfestigt sind rassistische Weltbilder in der Bevölkerung und gibt es dafür historisch unterschiedliche Ursachen?



Martina Renner, Kerstin Köditz und Katja Kipping (v.l.n.r.)

* Wie kommt es zur Korrelation zwischen Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, wie Homophobie, Ablehnung von selbstbestimmten Frauen- und Familienbildern, Ausgrenzung von Menschen mit Beeinträchtigung?

* Wie kann es gelingen, die Diskurshoheit wiederzuerlangen und Menschen für eine offene und solidarische Gesellschaft zu gewinnen?

Diese und andere Fragen diskutieren **Katja Kipping**, Parteivorsitzende DIE LINKE, **Martina Renner**, MdB,

Katja Kipping, Kerstin Köditz und Martina Renner über den Umgang mit der extremen Rechten.

HASS IST KEINE ALTERNATIVE.

DIE LINKE.

21. Januar

Wir AG, Martin-Luther-Straße 21, Beginn: 18 Uhr
www.die-linke.de

Mitglied des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung und **Kerstin Köditz**, MdL, Sprecherin für antifaschistische Politik der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

Uli Reinsch wurde 65!

Das singende, klingende Träumchen

von Kristin Hofmann



Viele GratulantInnen sind leider nicht im Bild: Jens Matthis, Jacqueline Muth, Sebastian Schindler, Kristin Hofmann und viele andere

Am Dienstag vor dem Buß- und Betttag machte sich eine Truppe vom Ortsverband Prohlis und dem Stadtverband auf den Weg an den Galgenberg, um unserem Uli herzlich und vor allem stimmungsgewaltig zum Geburtstag zu gratulieren.

Siehe den nebenstehenden Text, auf die Melodie von Bella Ciao, vielen Dank an Dieter Gaitzsch für die Dichtkunst und Frank Christian Ludwig für die musikalische Begleitung. Uli ließ es sich natürlich nicht nehmen, die Runde 2 dann auf seiner Ukulele selbst zu klimpern. Lieber Uli, wir danken Dir für all Deine Kraft, die Du in den Stadtverband investiert hast, für Deine Geduld und dein Augenzwinkern und für deine Verlässlichkeit und wünschen Dir bei allen Reisen im nächsten Jahr ebenso viel Spaß wie zu Hause mit Deiner Sonja, die nun endlich auch in Rente gehen darf. Eine herzliche Umarmung von uns allen! Alles Gute!

Lieber Uli, Genosse Uli
Wir alle, feiern heut dein Geburtstagsfest
Unsrem Uli, alles Gute
we wish you the very best.
HdB he, im HdB he,
Warst du's Herz in dem Zentrum der Stadtpartei.
Dort füll'n wir heut deine Lücke,
die Nachfolge glänzt dabei.

Ukulele, die Ukulele
ja mit ihr woll'n wir Dich noch oft hör'n und seh'n.
Die Lieder, deine Lieder
Bleiben für uns immer „scheen“.
Auf Reisen, immer auf Reisen,
Heute hier morgen da, auch für die Partei
Heute auch noch, kaum zu Hause
Die Frau ist nun mehr dabei.
Das Feiern, mit Dir Feiern
Immer schön, auch mal laut, und wir freu'n uns drauf
Zusammen mit dem Uli
Hört die Fete niemals auf.

Dran bleiben



von Florian Berndt

Die Unterschriftensammlungen für den Volksantrag zur Einführung der Gemeinschaftsschule in Sachsen, damit die Kinder und Jugendlichen nicht mehr nach der vierten Klasse getrennt werden, laufen noch. Wer es mitbekommen hat, weiß, dass schon über die Hälfte der Unterschriften gesammelt wurden und DIE LINKE. Sachsen trägt einen nicht unerheblichen Anteil daran. Vielen Dank an alle Genossinnen und Genossen, die auf der Straße, in der Familie oder im Freundeskreis fleißig Unterschriften sammeln. Mit einer beachtlichen Summe konnten wir auch zum letzten Aktionstag einen Anteil zur Gesamtmenge beitragen, u.a. sammelten die Ortsverbände in West, Prohlis und Loschwitz, sowie die AG Bildung und unsere linksjugend im gesamten Stadtgebiet verteilt. In unseren Büros kommen täglich Listen an und das darf nicht aufhören! Nach der verdienten

Sammelpause über die Feiertage und Neujahr möchten wir in das Jahr 2019 genauso aktiv starten, wie wir das letzte auch beendet haben, denn die Zeit wird langsam knapp. Wir möchten, dass der Antrag noch diese Legislaturperiode im Landtag beschlossen wird, dafür müssen wir so schnell wie möglich fertig werden. Dafür braucht es weiterhin die Aktivität unserer Mitglieder, denn ohne diese hätten wir bei weitem noch keine so hohe Zahl erreicht. Wir haben noch genug unausgefüllte Listen in WirAG und HdB, ihr könnt sie immer zu den Öffnungszeiten holen kommen und wieder abgeben, fragt bei euren Ortsvorsitzenden oder dem Stadtverband nach, jeder soll die Möglichkeit bekommen zu sammeln. Ich bin überwältigt über das Engagement von Partei und Jugendverband und kann nur eines sagen: Dran bleiben!

Danksagung

Leserbrief zu „Burki geht in Rente“ (Ausgabe 12-18)

von Hans-Jürgen Burkhardt

Dass man nach so vielen Jahren im HdB seine Wirkungsstätte wechselt, ist ja normal. Ich habe in diesen Jahren viele kommen und gehen sehen. Aber dass es eine Verabschiedung wird, die mich förmlich „geplättet“ hat, damit habe ich nicht gerechnet. Für die, die das vorbereitet haben, die mir in diesen Jahren Vertrauen geschenkt und die an diesem Tag herzlich applaudiert haben: Vielen Dank! Zur Richtigstellung: Die Lieferung der Hygieneartikel erfolgte über den Verein zur Bürgerberatung nach Absprache mit der Stadtverwaltung Dresden. Dieser lag die Bitte unserer

Partnerstadt Skopje vor, weil eine erste Hilfslieferung für Muslime nicht geeignet war. Die Masse der Flüchtlinge, die vor Skopje in einem riesigen Zeltlager untergebracht waren, bestand aber aus Muslimen. Der KONSUM spendete für über 4.300 DM Hygieneartikel, die wir neben Zahnbürsten, Zahnpaste und Babybekleidung den mazedonischen Behörden übergaben. Es erfolgten insgesamt vier Lieferungen, wobei die letzte bestehend u.a. aus Schulmaterial, direkt nach den Kampfhandlungen im Sommer in Prizren (Kosovo) dem örtlichen Roten Kreuz übergeben wurde.

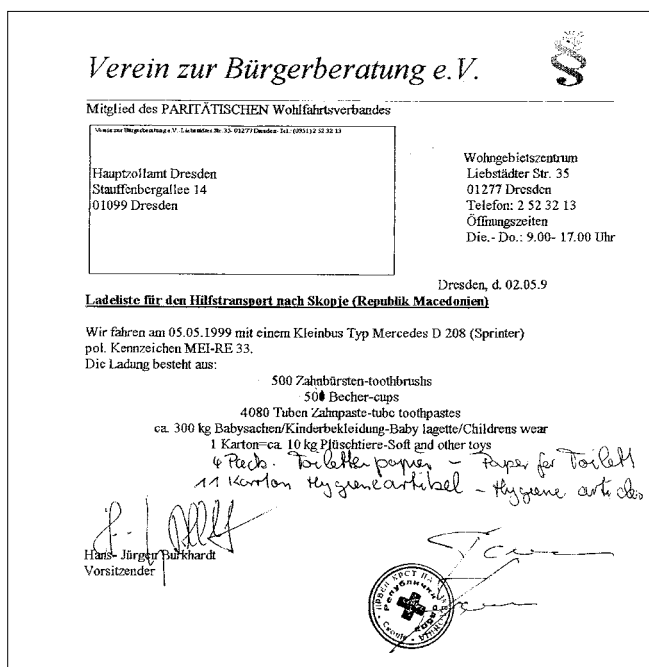


Foto: Ordentlich verpackte Ladung des Vereins zur Bürgerberatung e.V. beim Hauptzollamt Dresden



Erinnerung wachhalten

Fahrt nach Buchenwald

von Rica Gottwald

Jedes Jahr, immer am Sonntag nach dem 11. April, findet ein wichtiges Treffen in der Gedenkstätte Buchenwald statt. Im Jahr 2019 werden am Sonntag, dem 14. April, wieder, hoffentlich viele, Menschen zusammenkommen um den Schwur der Buchenwalder zu erneuern: „...Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. ...“

Das Befassen mit Geschichte ist kein bloßer Selbstzweck. Es müssen Lehren für das Heute und die Zukunft

gezogen werden. Ein solches Treffen hilft auch neue Kraft und Mut zu bekommen, denn man trifft auf viele Gleichgesinnte. Wir sind nicht für Vergangenes verantwortlich, aber dafür was jetzt und morgen passiert!

Haltet euch den Termin frei! Meldet euch in der Geschäftsstelle bei Kristin Hofmann zahlreich an. Zeigen wir, dass wir bereit sind eine Wiederholung von Faschismus und Barbarei zu verhindern und eine neue humanistische und solidarische Gesellschaft aufzubauen.



Haushalt mit rot-grün-roter Handschrift

Wir dokumentieren die Rede von André Schollbach, dem Vorsitzenden der LINKE Fraktion zur Haushaltsdiskussion

*Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,
verehrte Gäste,*

vor vier Jahren, haben sich die Stadträtinnen und Stadträte von LINKEN, Grünen, SPD und Piraten auf den Weg gemacht. Wir haben gemeinsam Verantwortung übernommen, um diese unsere Stadt sozialer, gerechter und demokratischer zu machen, Kunst und Kultur mehr Möglichkeiten zur Entfaltung zu geben und das öffentliche Eigentum im Interesse der Mehrheit der Menschen gegen die Einzelziele weniger Privater zu stärken. Wir haben zusammen die Ärmel hochgekrempt und in die Hände gespußt. Und auch wenn man das eine oder andere noch etwas besser hätte machen können, kann man mit Fug und Recht sagen: Wir haben eine Menge für die Menschen in dieser Stadt erreicht. Und darauf sind wir stolz.

Einige Beispiele dazu - erstes Beispiel: Wir haben das Sozialticket für Bus und Bahn eingeführt. Nach jahrelangen Auseinandersetzungen und gegen den heftigen Widerstand von CDU, FDP und AfD. Das haben wir gemacht, weil wir der Auffassung sind, dass alle Menschen in der Lage sein sollten, sich einen Fahrschein für die Straßenbahn zu kaufen, und zwar auch die mit nem ganz kleinen Geldbeutel.

Die Zahlen sprechen für sich: Gleich nach der Einführung des Sozialtickets im November 2015 wurde es von 8.000 Menschen genutzt. Jetzt, drei Jahre später hat sich die Zahl auf 16.000 verdoppelt. Wir haben also für 16.000 ärmere Menschen in dieser Stadt eine ganz konkrete Verbesserung erreicht.

Zweites Beispiel: Die CDU hat jahrelang den Abriss tausender Wohnungen in Dresden mit Steuergeldern subventioniert und Politik im Interesse der Immobilienspekulanten gemacht. Rot-Grün-Rot hat einen anderen Kurs eingeschlagen und eine Wohnungsbaugesellschaft für den sozialen Wohnungsbau gegründet. Inzwischen drehen sich die Bagger auf der Ulmenstraße und am Nickerner Weg. Und in den kommenden Monaten startet der soziale Wohnungsbau zum Beispiel auf der Kipsdorfer Straße, der Lugaer Straße und der Bulgakowstraße. Aber nicht nur das. Wir geben auch die gesetzlichen Spielräume genutzt und für eine rechtliche Begrenzung der Mieterhöhungen bei bestehen-



Foto: Rolf Handke / pixelio.de

den Mietverträgen gesorgt und eine Wohnberatungsstelle eingerichtet.

Drittes Beispiel: Rot-Grün-Rot hat ein millionenschweres Sozialpaket geschmürt, um einen Beitrag zum sozialen Ausgleich in unserer Stadt zu leisten. Damit konnte etwa die Straßenschule gerettet werden, die akut gefährdet war. Dort können junge Menschen, die vom richtigen Weg abgekommen sind und jetzt die Kurve kriegen wollen, ihren Schulabschluss nachholen.

Viertes Beispiel: Unter Verantwortung der CDU wurden die notwendigen Investitionen in unsere städtischen Krankenhäuser verschleppt und vernachlässigt, um sie in die Privatisierung zu treiben. Wir haben diesen Plan verhindert, das Klinikum als städtischen Eigenbetrieb erhalten und dafür gesorgt, dass endlich investiert wird, weil wir wollen, dass die Patientinnen und Patienten bestmöglich ärztlich versorgt und gepflegt werden.

Fünftes Beispiel: Wir haben seit 2014 für eine erheblich bessere finanzielle Ausstattung der Jugendhilfelandchaft und der kulturellen Einrichtungen gesorgt, nachdem sie zuvor unter der Herrschaft der CDU regelrecht ausgezehrt worden waren. Für uns sind Jugendarbeit und Soziokultur wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Sechstes Beispiel: Rot-Grün-Rot hat den Weg der einseitigen und autozent-

rierten Verkehrspolitik von CDU und FDP verlassen. Mit uns wurde und wird deutlich mehr Geld als bisher in den Radverkehr, in die Fußwege, in die Sanierung von Nebenstraßen und vor allem auch in die jahrelang sträflich vernachlässigten Elbebrücken investiert.

Siebentes Beispiel: Die Personalausstattung der Stadt wurde und wird verbessert. Zwar ist noch nicht jeder Wunsch in Erfüllung gegangen, aber die falsche Politik des Personalabbaus und der Einsparungen auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir korrigiert.

Achtes Beispiel: Rot-Grün-Rot hat unsere Stadt demokratischer gemacht. Am 26. Mai 2019 werden die Stadtbezirksbeiräte erstmals direkt von den Wählerinnen und Wählern gewählt und nicht vom Stadtrat bestimmt. Aber nicht nur das. Wir haben durchgesetzt, dass sie endlich auch mal etwas entscheiden dürfen. Und weil das meistens mit Geld zu tun hat, haben wir auch das Verfügung gestellt.

Meine Damen und Herren, wir haben eine andere Politik gemacht, viele Veränderungen erfolgreich auf den Weg gebracht, und dies ohne den Blick für das Machbare zu verlieren. Wir haben es geschafft, einen sozialen, gerechten und ökologischen Kurs für unsere Stadt einzuschlagen und gleichzeitig gut zu wirtschaften.

Das beweisen nicht zuletzt die Jahresergebnisse der beiden vergangenen Jahre: 2016 haben wir einen Überschuss von 68. Mio Euro erwirtschaftet und 2017 einen Rekordüberschuss von 137 Mio Euro. Das sind die Ergebnisse rot-grün-roter Haushaltspolitik!

Wenn ich mich recht erinnere, können CDU und FDP derartige Ergebnisse nicht vorweisen in ihrer Bilanz. Heute werden wir einen Haushalt für die Jahre 2019/2020 beschließen, der den von Rot-Grün-Rot eingeleiteten Kurs fortsetzt und verstetigt. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben dafür eine gute und solide Vorlage erarbeitet. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle herzlich danken.

Ich freue mich sehr, dass inzwischen selbst die CDU derart von dieser guten Politik überzeugt ist, dass sie als größte Fraktion keinerlei Änderungsanträge gestellt oder Änderungsvorschläge unterbreitet hat.

Meine Damen und Herren, wir werden diesen Haushalt hier und heute auf den Weg bringen. Wir setzen damit den seit 2014 von Rot-Grün-Rot eingeschlagenen Weg fort, stellen sicher, dass die Landeshauptstadt Dresden mit einem beschlossenen Haushalt in das neue Jahr gehen kann und nehmen unsere Verantwortung wahr.

#dokumentiert

Gesundheit ist keine Ware!

In der Stadtratssitzung am 13. Dezember 2018 wurde der Wirtschaftsplan des städtischen Klinikums mit großer Mehrheit durch den Stadtrat beschlossen. Wir dokumentieren die Rede unseres Krankenhaus-Experten Jens Matthis, der noch einmal die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge durch das städtische Klinikum Dresden hervorhebt. Auch der Interessenverband Kommunaler Krankenhäuser fordert eine Kurskorrektur von Bund und Land, die Kommerzialisierung des Krankenhauswesens zu stoppen.

Das Städtische Klinikum kostet mehr, als es selbst von den Krankenkassen als Erlös erzielt. Es wirft keinen Gewinn ab, sondern bedarf eines Zuschusses aus dem Stadthaushalt. Im Moment zehn Millionen.

Das gilt für nahezu alle Einrichtungen der Stadt ganz genauso. Kitas, Theater, Museen, die Feuerwehr, die Dresdner Verkehrsbetriebe oder auch die Dresdner Marketinggesellschaft. Nichts davon finanziert sich nur aus den eigenen Erlösen. Alle brauchen mehr oder weniger große Millionenzuschüsse aus unserem städtischen Haushalt. Das ist völlig normal und niemand regt sich darüber auf.

Nur bei den Krankenhäusern wird so getan, als seien das keine sozialen Einrichtungen, sondern als wären es Wirtschaftsunternehmen, die dazu da sind, um damit Gewinne für die Stadt zu erwirtschaften. DIE LINKE sieht das dezidiert anders. Deshalb stören wir uns auch nicht an dem Zuschussbedarf als solchen. Es lohnt sich aber durchaus, genauer hinzuschauen, warum der Zuschussbedarf gerade jetzt erheblich wächst.

Das Hauptproblem ist: Das Städtische Klinikum kann derzeit seine Kapazitäten nicht voll auslasten. Das ist auf den ersten Blick sogar positiv: Die Dresdner sind zu wenig krank.

Der zweite Blick ist nicht mehr ganz so positiv. Uns fehlt es hinten und vorn am Personal, wie übrigens in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen auch. Ärztinnen und Ärzte fehlen, selbst Chefärztstellen sind über längere Zeiträume nicht besetzt, hochqualifiziertes Pflegepersonal ist rar, eine Krankenschwester muss heute nicht mehr jeden Job annehmen, sondern im Gegenteil: Krankenhäuser müssen froh sein, noch gutes Personal zu bekommen und es bei sich zu halten.

Das gelingt zum einen natürlich mit einer ordentlichen Bezahlung, da sind wir gar nicht so schlecht, aber eben nicht nur. Weniger Überstunden, familienfreundlichere Arbeitszeiten, vielleicht sogar verkürzte Arbeitszeiten - all das



#kurz erklärt

DRG- oder Fallpauschalen-System

Das DRG-System ist ein pauschalisierendes Abrechnungssystem, bei dem stationäre Krankenhausbehandlungen weitestgehend unabhängig von der Verweildauer des Patienten über Fallpauschalen abgerechnet werden. „DRG“ steht dabei für „diagnosis-related groups“.

Probleme des Klinikums sind politisch verursacht

Uwe Alschner, der Geschäftsführer des „Interessenverbands Kommunaler Krankenhäuser“ wurde in Medienberichten zitiert, dass eine Unterfinanzierung von Krankenhäusern symptomatisch und strukturell aufgrund des Gesundheitssystems in Deutschland bedingt ist. Der Verband fordert Bund und Land auf, die Kommerzialisierung des Gesundheitswesens zu revidieren und für bessere Rahmenbedingungen für Krankenhäuser zu sorgen, damit diese ausreichend finanziert werden.

gehört dazu. Aber eben auch ein gutes Betriebsklima, Wertschätzung der Arbeit und gute Arbeitsbedingungen. DAS sind die eigentlichen Herausforderungen, denen sich unser Klinikum stellen muss.

Deshalb ist es ERSTENS wichtig, dass wir in den nächsten Jahren in ausreichendes und gutes Personal investieren.

ZWEITENS ist es wichtig, dass wir in die Substanz unserer Krankenhäuser investieren: Mit dem heute zu beschließenden Doppelhaushalt machen wir das endlich in Größenordnungen. Für mich ist das eines der schönsten Ergebnisse von Rot-Grün-Rot und ich freue mich auch, dass sich die CDU trotz aller Rabulistik im Vorfeld dem letztlich angeschlossen hat.

Aber genauso wichtig ist es DRIT-TENS, dass wir aufhören, unserer Krankenhäuser im Stadtrat vorrangig unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Das völlig unsinnige deutsche Vergütungssystem, das DRG- oder Fallpauschalen-System ist Auswuchs unrealistischer Marktideologie.

Es hat seit seiner Einführung im Jahr 2000 schon viel Schaden angerichtet. Es macht zum Teil unsinnige und überflüssige Behandlungen lukrativ, zugleich

führt es bei manchen notwendigen und sinnvollen Behandlungen zu Verlusten für die Krankenhäuser. Eigentlich gehört es abgeschafft. Aber dies hieße ja für die Bundespolitik: Einen Fehler zugeben.

Immerhin: Selbst der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, nicht unbedingt als weit links stehend bekannt, hat das im Ansatz begriffen und hat nunmehr wenigstens erst einmal die Pflege von diesem absurden Fallpauschalensystem abgekoppelt. Ein nur kleiner Fortschritt, aber immerhin, er lässt auf mehr hoffen. Jeder von uns hat das städtische Klinikum schon einmal gebraucht und jeder könnte es mal wieder brauchen, vielleicht in ein paar Jahren, vielleicht nächstes Jahr, vielleicht schon heute Nacht. Man weiß es nicht.

Wenn Sie mit dem Krankenwagen im Notfall ins Krankenhaus eingeliefert werden, das sind auch Ihnen die schwarzen oder die roten Zahlen des Krankenhauses völlig egal. Dann interessiert Sie nur eines, ob es genug gute Ärztinnen, Ärzte und Pflegekräfte gibt, die sich um Sie kümmern können und ob denen zeitgemäße medizinische Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Darauf kommt es nämlich in Wirklichkeit an. Und darüber sollten wir viel mehr reden.

#social media

Gut informiert sein mit einem Klick



www.facebook.com/DieLinkeDresdnerStadtrat



twitter.com/LinkeStaDDrat



www.youtube.com/channel/UC3vuHY1KgCCcsVwA8YUx6zw



www.instagram.com/linkestadtrat

Neueste Infos unserer Fraktion können im Netz abonniert werden

Impressum
Herausgeber: Fraktion DIE LINKE
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de
V.i.S.d.P. Thomas Feske
Satz und Layout: Max Kretzschmar

Mitarbeit an dieser Ausgabe:
Thomas Feske, André Schollbach, Pia Barkow,
Andreas Naumann, Jens Matthis
Fotos: pixabay, pixelio.de
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei

Klischees über Armut verdecken das tatsächliche Ausmaß

von Pia Barkow

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat heute seinen Armutsbericht vorgelegt. Die Armutsquote liegt mit 16,8 % so hoch, wie noch nie seit 1990, es ist deutlich eine Steigerung erkennbar. Und das bei andauernder positiver Konjunktur. Somit gibt es offenbar keinen direkten Zusammenhang zwischen Wirtschaftsentwicklung und Armutsentwicklung. Das aber bedeutet im Umkehrschluss, wenn Armut nicht wirtschaftlich bedingt ist, ist sie politisch hausgemacht.

In Zahlen sind es mindestens 13,7 Millionen Menschen, die aktuell zu den Armen gezählt werden müssen. Es sind in Wirklichkeit noch mehr, da hier nur Menschen mit eigenem Haushalt reinzählen, also fehlen z.B. Menschen in Alters- oder Pflegeheimen, die Sozialhilfe beziehen, Wohnungslose und Menschen mit Behinderungen in Wohnheimen. Dabei gilt als arm wer 60 % oder weniger vom mittleren Einkommen zur Verfügung hat.

Im Gegensatz zum Vorgehen der Bundesregierung bei der Erstellung des Armutsberichts wurde bei diesem Bericht ein Perspektivwechsel in der Betrachtung von Armut vorgenommen.

Das führt zu der Erkenntnis, dass bei genauerer Betrachtung, welche Bevölkerungsgruppen vor allem von Armut betroffen sind, hier einerseits das seit Jahren bekannte Muster wiederzuer-

kennen ist: Es sind vor allem Arbeitslose mit einer Armutsquote von 63 %, Alleinerziehende, (40 %), kinderreiche Paarfamilien (30 %), Menschen mit nur geringen Bildungsabschlüssen (30 %) sowie Migrant*innen (28 %). Es sind damit die seit Jahren bekannten Gruppen, deren Armutsrisiko weit über dem Durchschnitt liegt, ohne dass irgendeine Verbesserung ihrer Situation durch politisches Handeln der Bundesregierung erkennbar wäre.

Das Besondere an dem Bericht des Paritätischen ist, dass er darüber hinaus untersucht, wer sich hinter den 13,7 Millionen Menschen verbirgt. Und die Ergebnisse zeigen, dass einige der bekannten Klischees schlicht falsch sind. Bei den 13,7 Millionen Menschen handelt es sich in der ganz überwiegenden Zahl um in Deutschland geborene und Personen mit zumeist mittlerem oder höherem Qualifikationsniveau. Die meisten erwachsenen Armen, fast drei Viertel, sind entweder erwerbstätig, in Ausbildung oder schon in Rente; Ein Drittel ist erwerbstätig und zwar fast zur Hälfte in Vollzeit und nur zu knapp einem Drittel im Minijob. Ein Viertel ist in Rente und 12 % sind in Ausbildung. Nur ein gutes Fünftel (21 %) der Armen ist dagegen arbeitslos – und dies, ganz ohne Kinder mitgerechnet zu haben.

Es geht also zu großen Teilen um Armut trotz Arbeit und Altersarmut. Und



Bildung allein schützt vor Armut nicht. Es muss bei der Bekämpfung von Armut nach wie vor Alleinerziehende, Arbeitslose und Migrant*innen gehen, aber - das zeigt der Bericht – es geht auch um Rentner*innen und um Erwerbstätige und ihre Kinder. Denn, das zeigt der Bericht auch, nicht nur jedes fünfte Kind in Deutschland lebt in Armut, sondern auch jeder fünfte arme Mensch in diesem Land ist ein Kind.

Diese Erkenntnisse unterstreichen die Dringlichkeit gesellschaftliche und politische Debatten über Armut zu führen und die Notwendigkeit zu von Reformen in Alterssicherung, eine anspruchsvolle Arbeitsmarkt- und Min-

destlohnpolitik und einen Familienlastenausgleich, der arbeitende Eltern zuverlässig vor Armut schützt, auch wenn sie alleinerziehend oder kinderreich sind. Denn wenn jeder vierte erwachsene Arme in Rente ist und jede*r Dritte erwerbstätig, werden wir die Armut in der Breite niemals bekämpfen können ohne entsprechende grundlegende Reformen.

Wie bisher, wird eine überwältigende Mehrheit der Armen ohne solche Reformen gar nicht erreicht. Die halbherzigen Trippelschritte, die wir dagegen in der Koalition auf allen drei Themenfeldern erleben, machen jedoch wenig Hoffnung, dass sich das ändert.

Späte Gerechtigkeit für Garagenbesitzer

Einstimmig hat der Stadtrat im Dezember 2018 eine Ungerechtigkeit aus den Wendejahren beseitigt. Mit der Wende wurden die Mitglieder der Dresdner Garagengemeinschaften, die die Garagenkomplexe gemeinsam und selbstverwaltet aufgebaut haben, verpflichtet, im Falle einer Kündigung für den Abriss ihrer Hände Arbeit auch noch große Sum-

men zu bezahlen. Dort, wo der Stadtrat Einfluss darauf hat, nämlich bei Grundstücken, die für den Bau kommunaler Wohnungen benötigt werden, wurde am 14. Dezember 2018 beschlossen, auf diese finanziellen Forderungen zu verzichten. Die Fraktion DIE LINKE hat schon seit vielen Monaten auf diese Gerechtigkeitslücke hingewiesen.



Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger sind vom Oberbürgermeister trotz eindeutiger Beschlusslagen im Stich gelassen worden. Das hat den Ruf des städtischen Wohnungsbau belastet. Nun muss der Stadtrat mindestens zum dritten Mal einen Beschluss fassen, damit die Verteilung der Abrisskosten geklärt wird durch die Stadt, die jahrelang die Pacht eingenommen hat.

LINKE-Stadtrat Tilo Wirtz



Echter Schnee von Frau Holle am Elbufer. Ein Archivfoto.

Foto: sparkie / pixelio.de

Ski-Weltcup: Droht Umleitung für Elberadweg?

Wie eine Anfrage von LINKE-Stadtrat Norbert Engemaier ergab, ist ein zentraler Punkt des Stadtratsbeschlusses zur Durchführung des Ski-Weltcups noch immer nicht erfüllt. So sollte der Oberbürgermeister in Zusammenarbeit mit dem Veranstalter eine leistungsfähige und sichere Lösung zur Umleitung des Radverkehrs erarbeiten und schließlich auch umsetzen.

Dazu erklärt Stadtrat Norbert Engemaier: "Die Fraktion DIE LINKE lehnte den Ski-Weltcup ab, da zum einen die

tonnenweise Produktion und Verbringung von Kunstschnee an die Elbwiesen ein fatales Zeichen zu Zeiten des Klimawandels ist und die Veranstaltung in Dresden zum anderen einen steuerfinanzierten Affront gegenüber allen sächsischen Skigebieten darstellt. Dass jetzt wenige Wochen vor dem Veranstaltungsbeginn noch nicht einmal eine sichere und leistungsfähige Umleitung des Elberadweges geplant und mit dem ADFC abgestimmt wurde, ist enttäuschend. Innovatives Stadtmarketing sieht jedenfalls anders aus."

Wildtiere gehören nicht in den Zirkus

Am 17. Dezember 2018 flohen laut Medienberichten vier Zebras aus dem Dresdner Weihnachtszirkus durch einen offenen Zaun, nachdem sie zuvor durch ein Geräusch aufgeschreckt wurden. Beim Einfangen der Tiere wurde ein Polizist durch einen Tritt eines Zebras verletzt. Für ein Zebra war der Stress zu groß, sodass es zusammenbrach und starb. Ein Zirkus-sprecher erklärte, die Zebras seien ihrem natürlichen Trieb gefolgt.

Laut Aussage des Zirkusdirektors Müller-Milano gegenüber dem ZDF sei dies für die Premiere aber kein Problem: „Solange das Zelt steht, ist alles o.k.“ Es stünden insgesamt sieben Zebras zur Verfügung, für die Show würden jedoch nur sechs benötigt.“ Müller-Milano weiter: „Da haben sie sich eben mal Dresden angeschaut.“

LINKE-Stadträtin Manuela Sä-gner, zeigt sich zu diesem Vorfall wenig verständnisvoll: „Der Zirkus trägt die Verantwortung, dass Tiere nicht entfliehen und zu Tode kommen können. Der Einfangversuch gestaltete sich schwierig, da die Tiere in alle Richtungen galoppierten und der Zirkus an einer vielbefahrenen Straße gastiert.“

Während einer Podiumsdiskussion im vergangenen Jahr in Dresden versicherte Müller-Milano, dass die Tiere im Zirkus gut und sicher aufgehoben seien. Zirkusbetreiber und -mitarbeiter würden ihre Tiere lieben und entsprechend sorgsam und liebevoll mit ihnen umgehen. Angesichts der flapsigen Äußerungen von Müller-Milano kann sich Sä-gner dies nur schwer vorstellen: „Zirkustiere machen nicht mal eben so einen touristischen Ausflug. Der Dresdner Weihnachtszirkus hat den Tod eines Tieres zu verantworten, da das Gelände nicht hinreichend gesichert war bzw. dessen ordentliche Sicherung nicht geprüft wurde. Für mich ist damit wieder einmal mehr bewiesen, dass Wildtiere nicht in den Zirkus gehören!“



Kleingartenpreis 2018

von Andreas Naumann

Alle 2 Jahre werden vom Bundesinnenministerium die besten Kleingärten in Deutschland gewürdigt. Am 1. Dezember 2018 war die 24. Preisverleihung in Berlin. Weil diesmal auch ein Dresdner Kleingarten unter den Preisträgern war, konnte ich als linker Vertreter im Kleingartenbeirat daran teilnehmen.

Mehrere hundert Teilnehmer aus der ganzen BRD waren ins Messezentrum am Funkturm in Berlin geladen.

Nach einem sehr großen Buffet für alle Teilnehmer begann der zweistündige Festakt der Preisverleihung. Ein Staatssekretär aus dem Innenministerium hielt eine Auftaktrede, die zur Hälfte darin bestand all die oberen staatlichen und politischen Vertreter einzeln zu nennen und zu begrüßen. Als er endlich damit fertig war, wurden auch die begrüßt, um die es ging, die Kleingärtner, natürlich jetzt alle zusammen. In der anderen Hälfte sagte er eigentlich nichts wesentliches. Ich hatte den Eindruck, dass er nicht vorbereitet war. Den Vorgang der Begrüßung der oberen Elite wurde dann auch von anderen Rednern aus den oberen Rängen des Kleingartenestablishment wiederholt, was Anbetracht der Belanglosigkeit der Reden vielleicht eine Notlösung war. Nach einem schönen Tanzprogramm der Schreberjugend kam es endlich zur Preisverleihung, zu der die Siegerevereine einzeln in alphabetischer Reihenfolge von Z beginnend aufgerufen wurden, so daß die Gold-, Silber- und Bronzemedallien durcheinander vergeben wurden. Es wurden 6 Gold-, 10 Silber- und 4 Bronzemedallien vergeben. Je Medaille gab es zwischen 1.000 und 3.000 Euro Siegerprämie für den Kleingartenverein. Aus Sachsen wurden 3 Kleingartenvereine geehrt. Eine Chemnitzer Kleingartensparte hat eine Goldmedaille bekommen. Der Dresdner Verein Flora 1 sowie ein Torgauer Verein wurden mit Silber geehrt. Alle drei kamen in die bundesdeutsche Auswahl, weil sie bereits zuvor im Landeswettbewerb als Sieger hervorgegangen sind; hier allerdings kam Flora 1 aus Dresden auf den 1. Platz in Sachsen und der Chemnitzer Verein auf dem 2. Platz. So subjektiv oder eben unterschiedlich sind die Bewertungen. Einen

Vorteil hat der 2. Platz in Berlin aber doch, der Chemnitzer Verein kann sich das nächste Mal nicht mehr bewerben, der Dresdner schon. Für die Flora 1 ist das dennoch eine große Ehre, weil der Verein neben der gärtnerischen Vielfalt und Gestaltung auch ein kulturelles wie soziales Vereinsleben vorweisen kann, daß man nicht gleich wiederfindet. Im Herbst wurde der Gartenverein von einer chinesischen Studentengruppe besucht, die sehr beeindruckt von den Gärten und dem Vereinsleben war. Wer nun in das Gartenlokal el Horst an der Bergmannstraße geht, kann am Eingang zur Gartensparte ein großes Schild wahrnehmen, das 4 Kleingartenpreise ausweist, seit diesem Jahr ist dort die Bundessilbermedaille dabei.

Welche Bedeutung dieser Preis hat, erkennt man übrigens auch daran, daß der Oberbürgermeister unmittelbar aus Edinburgh/Schottland angereist und

direkt zur Preisverleihung gefahren ist, die er dann mit den Preisträgern auf der Bühne entgegengenommen hat. Wenn auch die Festreden nicht sehr festlich waren, so hat doch einer der Redner eine wichtige Aussage gemacht, als er feststellte, daß Grünflächen und Kleingärten nicht nach der Errichtung neuer Wohngebiete einplaziert werden sollten sondern bereits mit der Stadtplanung als Grundlage für die neuen Stadtteile dienen müssen. Nach diesen Prinzipien müssen unsere künftigen Städte entwickelt werden, dann bekommen auch die Kleingärten die soziale-ökologische Bedeutung, die ihnen zusteht und der Kleingartenpreis wird zum Gradmaß der Stadtentwicklung.

Die Flora 1 ist diesen Bedingungen weitestgehend gerecht geworden. Ich gratuliere unseren Preisträgern zu diesem Erfolg und hoffe das sie diesen Weg weitergehen, bis zur Goldmedaille. Viel Erfolg.



Sachsenbad in Gefahr?

In der Dezember-Stadtrats-sitzung wurde das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Zukunft Dresden 2025+“ beschlossen. Die Grünen wollten allerdings mittels Änderungsantrag für den Neubau einer Schwimmhalle im Dresdner Nordwesten als Vorzugsstandort die Har-

kortstraße festgeschrieben wissen. Unerwähnte Folge: Der Standort Sachsenbad gerät damit möglicherweise in Gefahr. CDU, FDP und AfD ließen sich davon nicht abschrecken und stimmten dem Grünen-Änderungsantrag zu.

Neues Polizeigesetz? Nein Danke!

von Franziska Fehst und Christopher Colditz

Derzeit plant die sächsische Regierung unter CDU und SPD ein neues Polizeivollzugsdienstgesetz. Was bedeutet das? Unter dem Vorwand der inneren Sicherheit sollen insbesondere der Polizei mehr Befugnisse zur massiven Einschränkung der Grundrechte der Bürger_innen gegeben werden. Hier nur einige Beispiele:

Videoüberwachung

Mit dem neuen Polizeigesetz ist von der polnisch-/tschechischen Grenze aus, in einem Radius von 30km Luftlinie, der Einsatz der stationären automatisierten Kennzeichenerfassung möglich. Dadurch wird die Überwachung von ganzen Städten, wie Zittau und Bautzen und einem nicht unerheblichen Teil von Dresden sowie die Erstellung von umfassenden Bewegungsprofilen möglich. Bei der Videografie im grenznahen Bereich sollen Bildaufnahmen von Passant_innen gefertigt werden, dabei werden auch Fahrer_innen- und Beifahrer_innen videografiert.

Maßnahmen gegen sogenannte „Gefährder_innen“

Alle Menschen, bei denen die Polizei meint, sie könnten in Zukunft eine schwere oder terroristische Straftat begehen, könnten künftig eine Reihe von Eingriffen möglich sein. Z.B. die längerfristige Überwachung der Mobiltelefone, präventive Anordnung von elektronischen Fußfesseln und auch Freund_innen und Bekannte können Ziel von Überwachungsmaßnahmen werden. Leider haben die letzten Jahre gezeigt, dass die Polizei Sachsen besonders gerne, schnell und nach Gutdünken solche Mittel anwendet. Mehrere Vorwürfe gegen Antifaschist_innen, denen die Gründung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen wurde, die sich allesamt als haltlos erwiesen, sind nur eines von vielen solcher Beispiele. Die Schwellen für die Durchsuchungen von Wohnungen und Geschäftsräu-



Foto von der Großdemo am 17. November 2018 gegen das geplante Polizeigesetz. Der Protest geht weiter!

men werden durch das neue Gesetz herabgesetzt. So können Räumlichkeiten schon bei einer Ruhestörung, die früher maximal betreten werden durften, auch durchsucht werden.

Waffen, Waffen, Waffen!

Immer weiter treibt die sächsische CDU die Militarisierung der Polizei, in vergangener Zeit wurde u.a. ein schwergepanzertes Survivor-R angeschafft, der mit einer Werferanlage für Nebel und Reizstoffe ausgestattet ist. Der Survivor kann aber auch mit einer modularen Waffenstation mit Doppelbewaffnung nachgerüstet werden. Mit dem neuen Polizeigesetz wird das sächsische Spezialeinsatzkommando (SEK), welches auch schon bei Demonstrationen wie in Würzen oder Hamburg eingesetzt wurde, mit Elektroschockpistolen, Handgranaten und Maschinengewehre ausgestattet.

Störsender

Wenn die sächsische Polizei befürchtet, es könnte zu Ausschreitungen

kommen, können sie mit Störsendern die Kommunikation unterbrechen und verhindern. Dabei ist es im Übrigen völlig egal, ob die „Befürchtungen“ realistisch sind oder nicht.

Berufsgeheimnis und Zeugnisverweigerungsrecht? Adé!

Bisher waren Rechtsanwält_innen, Ärzt_innen, Journalist_innen und Psycholog_innen gleichermaßen geschützte Geheimnisträger_innen: Sie konnten vom Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen und mussten nur auf richterliche Anordnung ihre Schweigepflicht brechen. Das soll nun anders werden. Ärzt_innen, Psycholog_innen und Journalist_innen können dann nur wegen des Verdachtes auf eine Gefahr und ohne Strafverfahren gezwungen werden, über ihre Patient_innen oder Informant_innen Auskunft zu geben.

Sollte dieses Gesetz durch den Landtag beschlossen werden, werden künftig also auch massive Grundrechtseinschränkungen zu befürchten sein.

Genau dagegen hatte sich am 17.11.2018 Protest formiert. Bereits die gesamte Woche wurde vom Bündnis „Polizeigesetz stoppen“ Aktionen durchgeführt. Laut tönte es durch die Stadt „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Daten klaut“. Mit einem schönen LINKE, linksjugend und SDS Block zogen auch wir mit durch die Stadt. Von DIE LINKE.Sachsen gibt es gutes und verständliches Infomaterial.

Am 19. Januar 2019 wird es noch mal eine öffentliche, außerparlamentarische Anhörung von Betroffenen und Expert*innen geben, sowie am 26. Januar 2019 eine Demonstration. Es ist enorm wichtig Aufklärungsarbeit zu dem Gesetz zu betreiben, da viele immer noch davon ausgehen, dass es sich um ein eher linkes Thema handelt und nur zur Sicherheit der Bevölkerung dient. Von daher: redet mit euren Nachbarinnen, euren Kolleginnen und Kollegen auf Arbeit. Es geht uns alle an!

Mehr Infos unter:

www.polizeigesetz-stoppen.de

#steckbrief

Linksjugend stellt sich vor



Wer bist du?

Florian Berndt, 18 Jahre alt, mache gerade mein Abitur und bin seit über 3 einhalb Jahren in der linksjugend und Partei aktiv. Ich bin aus dem Ortsverband Prohlis und derzeit der Jugendpolitische Sprecher des Stadtverbandes.

Politisiert wurde ich...

...anfangs durch die Wahlen 2009 und 2013, bei denen ich mich durch die Wahlplakate erstmals näher mit Politik an sich beschäftigt habe. Mit der Zeit habe ich mir selber zu Dingen in der Gesellschaft eine Meinung gebildet und bin dann schließlich mit 15 Jahren das erste mal zur linksjugend gegangen.

Zu der Zeit ist PEGIDA noch in großen Massen durch Dresden gelaufen und ich hatte einfach keinen Bock, dass RassistInnen jede Woche die Stadt mit ihrer menschenverachtenden Hetze belagern, weswegen ich aktiv auf der linken Seite werden wollte.

Was machst du in der Partei/im Jugendverband?

Ich mache einerseits inhaltliches im Jugendverband, sowie der AG und LAG Bildung, aber auch in der LAG Queer. Ansonsten bin ich noch im Stadtvorstand, da in der AG Mitgliederarbeit und der AG Kommunalwahl und natürlich engagiere ich mich in meinem Ortsverband, in Prohlis bin ich außerdem Stadtbezirksbeirat.

Zusätzlich kommen dann noch kleinere Dinge wie die Vertretung der linksjugend Dresden in Plena oder Arbeitsgruppen für Aktionstage ect. hinzu. Aber was mir gerade besonders am Herzen liegt ist die Vertretung der linksjugend Sachsen im Bündnis für das längere gemeinsame lernen, damit wir endlich die Gemeinschaftsschule hier einführen können.

Inhaltliche Schwerpunkte sind...?

Ganz klar die Bildungspolitik, ich möchte nach der Schule Lehramt stu-

dieren, ich glaube das passt ganz gut. Ich denke auch, dass das jetzige Bildungssystem einmal umgeworfen werden muss und von neuem konzipiert werden sollte. Dazu kommen bei mir noch die Gleichstellungspolitik, aber auch Jugend und Kultur.

Blick nach vorn:

In Gedanken bin ich schon im Mai und September, ich freue mich sehr auf den Wahlkampf, damit wir als LINKE mit starken Ergebnissen in den nächsten 5 Jahren arbeiten können. Besonders wichtig ist natürlich auch, dass wir unsere Stadtratsmehrheit wieder erkämpfen sollten. Ich hoffe, dass wir unsere neuen und jungen Genoss_innen in die Strukturen einbinden können, ganz besonders in den Ortsverbänden, das hat sich die AG Mitglieder auf die Fahne geschrieben. Dass ich hoffe, dass der Landtag dem Volksantrag für die Gemeinschaftsschule zustimmt, ist, glaube ich, selbstverständlich.

JANUAR

08 Gespräch mit MdL Enrico Stange zum Polizeigesetz

Eine Veranstaltung der KPF Dresden
17 Uhr | HdB (Empore) | Großenhainer Str. 93

10 LINKE Teestube in der WIR AG

17 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

11 Antisemitismus, was ist das?

Eine Veranstaltung der RLS Sachsen
12:30 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

12 Gesamtmittgliederversammlung OV Altstadt

1. Aufstellung der Liste der LINKEN zur Wahl des Stadtbezirksbeirates Dresden- Altstadt am 26.05. 2019
2. Vornominierung der Listen der LINKEN für den Wahlkreis 1 zur Wahl des Dresdner Stadtrates am 26.05.2019
10 Uhr | Gewerkschaftshaus | Schützenplatz Saal in der 6. Etage

13 Busfahrt nach Berlin zentralen Gedenkkundgebung für Rosa&Karl

Busfahrt: 20 Euro, ermäßigt: 10 Euro
Abfahrt Dresden Hauptbahnhof 7:50 Uhr
Abfahrt Bhf Dresden Neustadt 8 Uhr

100. Jahrestag der Ermordung Rosa Luxemburgs

10 Uhr | Rosa-Luxemburg-Platz | Brückenkopf, an der Gedenkstele

Das Kapital - Der Lesekreis

Eine Veranstaltung von Linke SDS. Die Hochschulgruppe
17:30 Uhr | TU Dresden, Willersbau
Zellescher Weg 12 | Raum A 221 (Wil/221/A)

16 Die Revolution ist großartig, alles andere ist Quark

Eine Veranstaltung der RLS Sachsen
19 Uhr | Theaterhaus Rudi | Fechnerstraße 2 a

17 Linke Teestube in der Wir AG

17 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

Öffentliche Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

19 Gesamtmittgliederversammlung OV Blasewitz

10 Uhr | Programm kino Ost | Schandauer Straße

Trinken mit Linken | DIE LINKE. SDS lädt ein

21 Uhr | Kellerclub GAG 18 e.V. | Fritz-Löffler-Straße 18

20 Das Kapital - Der Lesekreis

Eine Veranstaltung von Linke SDS. Die Hochschulgruppe
17:30 Uhr | TU Dresden, Willersbau
Zellescher Weg 12 | Raum A 221 (Wil/221/A)

22 Fraktionssitzung

18:30 Uhr | Beratungsraum 13, 3. Etage
Dresdner Rathaus

24 Mitgliederversammlung DIE LINKE Plauen

Mit MdL Enrico Stange zum Polizeigesetz
18 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

Offene Runde mit den - Stadtbezirksbeiräten Altstadt

18 Uhr | Kellerclub GAG 18 e.V. | Fritz-Löffler-Straße 18

Stadtratssitzung

16 Uhr | Plenarsaal
Dresdner Rathaus

25 Stammtisch der LINKEN Dresden Neustadt

19 Uhr | Wir AG | Martin-Luther Str. 21

26 Gesamtmittgliederversammlung OV West

Begegnungsraum der Volkssolidarität in
Gorbitz
10 Uhr | Altgorbitzer Ring 58

28 Treff der LINKEN Blasewitz

18 Uhr | Bürgertreff der Volkssolidarität
„Marie“ | Breitenauer Straße 17

29 Gesamtmittgliederversammlung Dresden Nord

18 Uhr | Volkssolidarität | Putbuser Weg 16

Busfahrt nach Berlin zur zentralen Gedenkkundgebung für Rosa&Karl

Wie jedes Jahr besteht auch am 13. Januar 2019 die Möglichkeit, an der zentralen Gedenkveranstaltung in Berlin in der Gedenkstätte der Sozialisten teilzunehmen. Im Kino „Kosmos“ findet anschließend der politische Jahresauftakt mit vielen prominenten KünstlerInnen und PolitikerInnen statt.

Anmeldungen bitte bei
Melitta Kloß: 0351-5710090
oder per Mail: andre.hahn.ma03@bundestag.de

Preise
Busfahrt: 20 Euro
ermäßigt: 10 Euro

Folgende Abfahrtszeiten des Busses sind geplant:
7:50 Uhr Hauptbahnhof Dresden
8:00 Uhr Bahnhof Neustadt Dresden
Überweisung der Kosten bitte bis 20.12.2018 auf folgendes Konto:
DIE LINKE
IBAN: DE75 8506 0000 1000 9323 45
BIC: GENODEF1PR2
Verwendungszweck: Spende
Oder bar in der LINKE Geschäftsstelle
Pirna

FEBRUAR

02 Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Pieschen

10 Uhr | HdB (Saal) | Großenhainer Str. 93

Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Plauen

10 Uhr | Volkssolidarität „Am Nürnberger Ei“
Nürnberger Straße 45

Gesamtmittgliederversammlung DIE LINKE Loschwitz

15 Uhr | HdB (Saal) | Großenhainer Str. 93

07 Öffentliche Sitzung des Stadtvorstands

18 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden

- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Öffnungszeiten des
Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49
Telefon: 0351 -48298959

Dienstag von 12:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch von 14:00 bis 16:30 Uhr
Donnerstag von 13:00 bis 17:00 Uhr

Stammtisch: 1. Donnerstag im Monat,
15:30 Uhr
Vorstand: 2. Mittwoch im Monat,
17:00 Uhr

KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN

jeden zweiten Mittwoch 17 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

Rosa Luxemburg Stiftung

Bibliothek der RLS in der WIR-AG
Martin-Luther-Str. 21
Öffnungszeiten:
Di + Mi:
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Jens Matthis
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Kristin Hofmann, Ruslan Yavorski, Anne Holowenko, Jens Matthis, Jacqueline Muth, Uwe Schaarschmidt, Dr. Cornelia Ernst, Frederic Beck, Paul Hösler, Franziska Fehst, Dr. Wilfried Trompelt

Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei
GmbH Cottbus, Auflage: 4.000 Exemplare

Programmhinweis

Foto Janine Moraes / Câmara dos Deputados / CC BY 3.0

Brasilien unter Bolsonaro

Mit Gerhard Dilger (bis 2018 RLS-Büroleiter in São Paulo)

In Brasilien, noch vor einem Jahrzehnt unter Ex-Gewerkschafter Lula da Silva führende Kraft der „rosaroten Welle“ in Südamerika, regiert seit dem 1. Januar Jair Bolsonaro. Nach dem klaren Wahlsieg des Rechtsextremen steht die Demokratie vor ihrer härtesten Bewährungsprobe seit dem Ende der lateinamerikanischen Militärrégime. Aktivist*innen sozialer Bewegungen und linke Politiker*innen stehen auf schwarzen Listen, ein Trump-Fan ist Außenminister. Wie konnte es dazu kommen? Wie geht es weiter? Was ist ähnlich, was ist anders als in Europa oder den USA? Brauchen wir eine neue Lateinamerika-Solidarität?

Ergänzend. Unabhängig. Und: Volle Teilhabe!



von Birger Höhn

So könnte man das Motto formulieren, dessen sich wir MitarbeiterInnen der Teilhabeberatungsstelle der Stadt AG – aktives Netzwerk für ein inklusives Leben in Dresden e. V. - verpflichtet fühlen. Ja – ich sage „wir“. Denn seit 01. September 2018 arbeite ich als Mitarbeiter in dieser Teilhabeberatungsstelle. Viele Vereine, Initiativen haben dementsprechende Projekte beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) angemeldet. So auch die Stadt AG aktives Netzwerk für ein inklusives Leben in Dresden e. V. Seit dem 01. August 2018 ist es nun auf der Hoyers-

werdaer Straße 21 losgegangen. Vorher war dies nicht möglich, da die Stadt AG für das Projekt neue Räumlichkeiten – eben in der Hoyerswerdaer Straße 21 – bezogen hat und diese Räumlichkeiten erst umgebaut werden mußten.

Wir haben bereits eine Vielzahl von Beratungen durchgeführt. Wir werden ab 01.01.19 ein sehr gutes Team von 8 BeraterInnen sein, davon 6 Menschen mit Behinderungen und davon ebenfalls 6 Frauen als BeraterInnen. Das Spektrum der Beratungen bezieht sich dabei auf alle Lebensbereiche – Bildung, Arbeit,

Wohnen, barrierefreie Mobilität mit dem OEPNV, Freizeit, Partnerschaft. Wir sind ein Team aus Betroffenen bzw. Angehörigen mit sehr unterschiedlichen Behinderungen bzw. Erfahrungen/Schwerpunkten. Wir beraten nach dem Peer Councelling Prinzip. Das heißt: Betroffene beraten Betroffene bzw. Angehörige. Bei uns sind Menschen mit körperlicher Behinderung, mit Psychiatrie-Erfahrung, mit Gebärdendolmetschung, mit Sehbehinderungen und Mehrfachbehinderungen wie Autismus bei mir. Dadurch können wir ein sehr breites Beratungsspektrum der Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige abdecken. Bei den bisherigen Beratungen waren wir dabei mit einer ganzen Vielfalt von zum Teil sehr bewegenden menschlichen Schicksalen konfrontiert. Daher haben wir natürlich auch teaminterne Beratungen, Supervision und verschiedene Weiterbildungen und Qualifizierungen. Wie bereits erwähnt, wurden alle 504 EUTBs im Zuge der 2. Stufe des Bundesteilhabegesetzes eingeführt. Das zuständige BMAS richtete zur Begleitung und Durchführung die sogenannte „Fachstelle Teilhabeberatung“ ein. Diese hat zur Aufgabe, die bundesweite Weiterbildung wie die Grundqualifizierung durchzuführen. Ausserdem sammelt sie alle statistischen Auswertungen bzw. Dokumentationen der EUTBs, die diese nach jeder Beratung an die Fachstelle senden müssen.

Das Projekt ist zunächst bis 31.12.2020 befristet. Jede EUTB hat für die Qualifizierungen für jeden Mitarbeiter einen pauschalen Betrag X bekommen. Nur ist es aber so, daß die Kosten für diese Qualifizierungen diesen Betrag bei weitem übersteigen. Ich finde: Die Bundesregierung hätte sich, vor Inkrafttreten des Gesetzes, die maximalen Kosten für die Weiterbildung aller MitarbeiterInnen anschauen müssen und dann diesen maximalen Betrag allen EUTB pro Mitarbeiter zur Verfügung stellen! Das hätte zwar zu einer Kostensteigerung geführt, aber es gibt im Bundeshaushalt so viele Ausgaben, die nicht sein bzw. gestoppt werden müssen. Die so frei werdenden Gelder könnten dann z. B. Den EUTBs zur Verfügung für die Weiterbildungen der Mitarbeiter gestellt werden. Was bislang fehlt, ist ein eigener Bundesverband aller EUTBs – der diese Forderung aufgreifen und progressiv der Politik gegenüber darstellen könnte. Schliessen möchte ich diesen Zeitungsartikel mit dem Hinweis auf unsere Teilhabeberatungsstelle:

www.teilhabeberatung.de/de-gs/node/1486

CubaSi informiert

von Ursula Zierz

Anlässlich unsrer Kubaveranstaltung zum 25. Jährigen Bestehen der AG Cuba Si Dresden möchten wir Euch, liebe Kuba-FreundInnen auf diesem Wege recht herzlich für Eure Teilnahme aus nah und fern danken. Gleichzeitig ebenfalls unseren Referenten Gen. Harri Grünberg vom Netzwerk CUBA und Jörg Rückmann vom KO-AG Cuba Si Berlin, sowie den GenossInnen vom Büro, Andreas Grünzig (Gaststätte) des HdB und Max Kretschmar ((Mitgliederzeitung) für die jahrelange zuverlässige Unterstützung. Wir denken, dass unser gemeinsames Handeln nach dem Prinzip der internationalen Solidarität und die Erkenntnis von der Einheit der Völker im antiimperialistischen Kampf zu aller Herzensache geworden ist und stets schon vor Ort zu spüren war u. ist. Tun wir auch weiterhin unser bestes, damit diese Erkenntnis endlich gemeinsames Handeln unserer Partei wird! Werben wir dafür auf kubanisch!

Auf der letzten UNO-Versammlung wurde der jährliche Antrag Kubas auf Beendigung des unmenschlichen US-Boykotts zur Abstimmung gebracht. Mit viel Hinterlist versuchte wie immer die Vertreterin der USA die Abstimmung in ihrem Sinne zu beeinflussen, was ihr nicht gelang. Nur die USA im

Bund mit Israel stimmten für die Fortführung. Und trotzdem wird der Wirtschaftliche-, Finanz- u. Handelskrieg gegen Kuba fortgesetzt. Die Folge, es ist sehr schwierig über die 50 Jahre währenden Blockade z. B. hochwertige Medizintechnik auf dem internationalen Markt direkt zu kaufen. In den Blockadegesetzen der USA u. a. festgeschrieben, dass Geräte, die mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten, nicht nach Kuba verkauft werden dürfen.

Viele dieser Geräte sind heute leider (noch von DDR) veraltet oder defekt!

Die zur Veranstaltung und dem 1. Nov.-PT gespendeten Gelder in Höhe von 842 Euro werden sofort für das Projekt überwiesen und danken dafür besonders der Einzelspenderin Dr. Ingrid Werner, den Fam. Dr. Oehler, Schmelzer, Zierz und Schönherr.

Der Wortlaut des Spendenaufrufes ist auf unserer Internetseite AG Cuba Si / DIE Linke Dresden veröffentlicht. Hinweis: Laut Parteiengesetz erhalten Parteien für die Höhe jeder Spende einen 50% staatlichen Zuschuss. Wer warme gut erhaltene Winterbekleidung, Wolldecken u. ä. zuvul hat, sollte den Aufruf für Obdachlose durch DIE



AG Cuba Si Dresden

Solidarität mit Kuba
Sammeltermine 2019

Abgabe von Sammelgut jeweils von 10:00 bis 14:00 Uhr an folgenden Donnerstagen:

07. März 2019 **06. Juni 2019** **05. Sept. 2019** **05. Dez. 2019**

Sammelort:

Haus der Begegnung
Großenhainer Str.93
01127 Dresden

Anfragen an:

Kristin Hofmann
Tel. 85 83 801
www.cuba-si.org

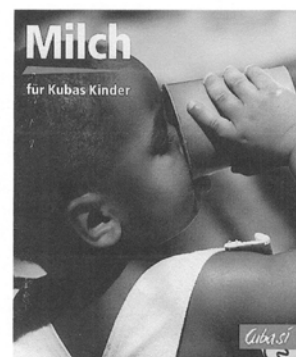
Die Arbeitsgemeinschaft **Cuba Si Dresden** sammelt für Kuba:

- **Geldspenden** für unsere Übersee-Transporte und Solidaritäts-Projekte
- **Medizinische u. orthopädische Hilfsmittel** (Gehhilfen, Rollatoren, Rollstühle, Orthesen)
- **Schul- und Büromaterial** (Hefte, Schreibgeräte, Ordner, Mal-Utensilien, Zeichenblöcke)
- **Kinderspielgeräte** (Roller, Dreirad, Fahrräder, Sportgeräte und Musikinstrumente)
- **Haushaltswäsche** (gut erhaltene Bettbezüge, Hand- u. Tischtücher aus Baumwolle)
- **Waschpulver, Seife**, Zellstoffwindeln, Einlagen
- **Fahrräder, Nähmaschinen, Werkzeuge**
- **Computer**, USB-Sticks, CD-, DVD-Rohlinge
- **Arbeitsschutz**: Gummistiefel, Schutzhelme etc.

Bitte keine Kleidung!

Über die Auflösung von Handwerksbetrieben, Arztpraxen, Schulen, Kindergärten bitten wir uns zu informieren.

DIE LINKE/Cuba Si Dresden ← Spendenkonto
IBAN: DE 93 850 50 300 312 018 3074
BIC/SWIFT-Code: OSDDDE 81 XXX



Den Geflüchteten eine Stimme geben

von Heraldo Hettich

Im Oktober 2018 fand im Europaparlament in Brüssel das erste Geflüchteten- und Migranten-Parlament mit 30 selbstverwalteten Geflüchteten- und Migrantenorganisationen aus 16 europäischen Ländern statt. Die etwa 120 Teilnehmerinnen folgten der Einladung einer parlamentarischen Initiative der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken, GUE/NGL.

Um diese Anhörung Wirklichkeit werden zu lassen, hatten vier Geflüchteten-Netzwerke zuvor monatelang ihre Kollektive, Aktionsgruppen und Persönlichkeiten dafür mobilisiert. Die Internationale Koalition der Geflüchteten und Migranten ohne Papiere (CISPM), das Netzwerk Ideen und Vorschläge von Geflüchteten für Europa (RISE), das Europäische Netzwerk der Migrantenfrauen (ENMW) und der Weltrat der Hazaras Afghanistan (WHC). Alle haben sich in Telefon-Konferenzen gegenseitig Mut gemacht in Brüssel ans Podium zu treten und öffentlich ihre eigene Stimme zu erheben, um von ihren täglichen Kämpfen zu berichten. Raus aus den Hinterhöfen Europas für ein selbstbestimmtes Leben in Anerkennung, Würde und Respekt.

„Es wird so viel über uns geredet, geschrieben und entschieden von den Populisten, den Journalisten und in der Politik, dabei bin ich immer wieder überrascht wie wenig in den Parlamenten Europas über die Probleme und Forderungen von Geflüchteten wirklich bekannt ist“, brachte es Ali

Zum ersten Mal wurde ein Parlament der Refugees und MigrantInnen in Brüssel gegründet. Ziel ist die Stärkung der Rechte aller Geflüchteten.



„Keine Entscheidungen über uns ohne uns!“
(aus der Resolution des ersten Europäischen Flüchtlings- & MigrantInnen-Parlaments)

auf den Punkt. Er ist als Dissident aus dem Sudan geflohen und engagiert sich seit vielen Jahren in der Gruppe Lampedusa in Hamburg, welche der GUE/NGL-Fraktion vor einem Jahr den Vorschlag für diese Initiative gemacht hat. „Warum spricht man nicht mit uns? Wir sind doch diese Menschen.“ sagte er als erster Redner des Geflüchteten- und Migranten-Parlaments in einer Debatte auf Augenhöhe und getragen von gegenseitigem Respekt.

Es ist nicht leicht für die Anwesenden, ihre Geschichten immer und immer wieder zu erzählen und sie dabei zu durchleben: den Verlust von Angehörigen, die Entbehrungen der Flucht, die Schmerzen, die Ungewissheit und den Krieg. Deshalb startete diese Zusammenkunft auch mit einer Schweigeminute für all die Opfer der weltweiten Flucht- und Migrantenströme, welche auf der Suche nach einem besseren Leben umgekommen sind. Zehntausende davon sind allein im Mittelmeer ertrunken.

Eines wird bei den Redebeiträgen von Menschen aus Afghanistan, Somalia oder dem Kongo schnell deutlich. Sie alle haben die gleichen Probleme in Europa und niemand verlässt gerne seine Familie, sein ganzes soziales Leben und macht sich auf in ein unbekanntes Land, dessen Sprache man nicht spricht. Das ist immer nur der letzte Schritt, nach langen Jahren der Verzweiflung, großen Leids und einer ausgewogenen Perspektive.

„Wir fordern unsere Rechte ein und wir fürchten niemanden“ sagt Salah, der seine beiden Brüder in Libyen verloren hat. „Wir alle wissen dass unsere Länder

von korrupten Eliten und gewissenlosen Diktatoren regiert werden, aber wir haben immer selber gegen den Terrorismus angekämpft. Für eine bessere Zukunft. Nach der Intervention durch die Nato-Luftangriffe und dem Staatszerfall Libyens erscheint mir der Tod meiner beiden Brüder auf einmal so sinnlos.“ Manal aus Syrien berichtete von ihren traumatisierten Kindern, welche sich gar nicht für die dänische Gesellschaft öffnen können ohne gleichzeitig mit einem Therapeuten auch über die Nahtoderlebnisse beim Kentern ihres Bootes vor der griechischen Insel zu sprechen, das die Hälfte der Insassen nicht überlebten. „Wie sollen wir uns integrieren, wenn wir mit unseren Brüdern und Schwestern in Lagern sitzen, weggesperrt hinter hohen Zäunen und an den Stadträndern, ohne das Recht sich frei zu bewegen, zu arbeiten und etwas neues aufzubauen“ fragt Kone aus Italien?

Der Auftakt für ein verstärkte europäische Zusammenarbeit der bestehenden Netzwerke ist gemacht und das Geflüchteten- und Migranten Parlament soll zukünftig jährlich stattfinden.



Am 15. Januar jährt sich die Ermordung Rosa Luxemburgs zum 100. Mal. Rosa Luxemburg (1871–1919) polarisiert die politische Landschaft bis heute: Den einen gilt sie als bolschewistische Terroristin, den anderen als Ikone der Linken. Auch in Dresden hinterließ sie ihre Spuren. So war sie September bis November 1898 als Redakteurin der Sächsischen Arbeiter-Zeitung tätig und am 11.12.1911 hielt sie eine wichtige Wahlkampfreden im Deutschen Kaiser (Leipziger Straße 112).

Aus der Spurensuche entstand die Broschüre »Neustadt – das ist der radikale Teil. Rosa Luxemburg in Dresden«, erschienen als 16. Rosa Luxemburg Forschungsbericht der RLS Sachsen. Diese Publikation wollen wir vorstellen und gleichzeitig an Rosa Luxemburg und ihr Wirken und Erbe erinnern. Mit Christian Wintrich (Stadtbezirksamtsleiter Dresden-Pieschen), Dr. Dagmar Enkelmann (Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Kristin Dänhardt (Auto-



16. Januar 2019 | 19 Uhr
Theaterhaus Rudi | Fechnerstr. 2 a
Eine Veranstaltung der RLS Sachsen

rin), Richard Kaniewski (Vorsitzender der SPD Dresden), Sven Brajer (Historiker, RLS Sachsen), Dr. Wilfried Trompelt (Au-

tor, RLS Sachsen), Uli Reinsch (Musiker) und Annetrin Klepsch (Kulturbürgermeisterin Dresden)